

01) Dr. Norbert van Handel: Die Verrottung Europas

03. 08. 2021



Dr. Norbert van Handel

Ein Beitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun) *)

1. **Wie im alten Rom**

Drei letzte Kaiser der julisch-claudischen Dynastie, **Tiberius**, **Caligula** und **Nero**, haben das Rom des großen Augustus zwar nicht zerstören können, jedoch das Ende der Dynastie herbeigeführt.

Pädophilie bei **Tiberius** – an seine kleinen „Fischlein“ in Capri darf erinnert werden – inzestuöse Skandale **Caligulas**, vor allem mit seinen Schwestern, Morde **Neros** an seiner Frau und seiner Mutter, haben dazu geführt, dass der Spruch „wie im alten Rom“ Symbolcharakter bekam.

Wie sieht es heute aus?

Die Familie, als bis vor wenigen Jahren unbestrittene Keim- und Kernzelle des Staates, wird sukzessive zerstört. Kinder werden abgetrieben, Menschen künstlich erzeugt, das normale heterogene Verhältnis zwischen Mann und Frau spielt kaum mehr eine Rolle. Schwule und Lesben können Kinder adoptieren, womit man unschwer voraussehen kann, dass auch ihre LGBT-Philosophie auf die Kinder abfärben wird und auch die Euthanasie ist kein Tabu. **Christlich abendländische Werte spielen keine Rolle mehr.** Die Familien werden so wenig unterstützt, dass die Lust der jungen Generation Kinder zu bekommen immer geringer wird.

Auch nominell konservative Spitzenpolitiker in Europa, wie etwa **Manfred Weber** als Chef der konservativen Fraktion im EU Parlament oder **Othmar Karas** als Vizepräsident des Parlaments, scheinen vergessen zu haben, woher sie kommen. **Toleranz gegenüber allem und jedem wird groß geschrieben und Werte verkommen.**

Die Verrottung im wichtigsten Segment des Staates, nämlich der Familie, schreitet voran.

Die Kirchen geben den Menschen kein moralisches Gerüst mehr und ein bedauernswerter Papst ist nicht mehr in der Lage grundsätzliche Werte des Christentums zu dekretieren.

2. Die Immigranten

Auf der anderen Seite werden Immigranten jeder Art importiert. Man verweist auf internationale Asyl- und Menschenrechtskonventionen, **vergisst jedoch, dass diese zu einer ganz anderen Zeit, nämlich für die Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg, geschaffen wurden.**

Wenn jemand eine Aufrollung und zeitgemäße Adaptierung dieser völkerrechtlichen Verträge verlangt, stößt er auf eine Mauer des Widerstandes. Stattdessen werden Immigranten ungebremst hereingelassen, wobei nur eine Minderheit wirklich integrierbar ist. **Die traditionelle Sicherheit der europäischen Staaten ist Geschichte.**

Sozialschmarotzerei ist System, wenn Menschen, die noch niemals etwas für den Staat getan haben, mit Nichtstun besser verdienen, als zu arbeiten. Fremde Kulturen überfluten uns, **wobei besonders der Islam seine Mitglieder dazu anhält, möglichst viele Kinder zu haben und immer mehr politischen Einfluss zu gewinnen.** Es liegt auf der Hand, dass die kulturellen Identitäten der einzelnen Länder verschwinden werden, wenn nicht konsequent wie in osteuropäischen Ländern dagegen gehalten wird. **Viktor Orban ist ein Fels in der Brandung.** Ein Bild, dass statt Kirchen Moscheen und statt traditionellen christlichen Feiern und Wallfahrten der Ramadan an Bedeutung gewinnt, ist ein tragisches Beispiel. **Tausendjährige Kulturen werden zerstört.**

Eine Situation, deren Dramatik gar nicht hoch genug bewertet werden kann.

3. Das Problem UNO

Blauäugig sieht man auf die UNO und vergisst dabei, dass diese ein linkes Konstrukt geworden ist, in dem die starken wirtschaftlichen Länder einer gewaltigen Mehrheit von desolaten Staaten gegenüberstehen, die nichts anderes wollen, als das schwer verdiente Geld von erfolgreichen Marktwirtschaften abzuziehen, das entweder an korrupte Diktatoren oder unfähige Politiker in der dritten Welt geht und ohne Nutzen für deren jeweilige Bevölkerung in dunklen Kanälen verschwindet.

4. Das ewige Problem Brüssel

Ob die Marionetten in Brüssel, die an politischen Fähigkeiten gegen Null tendieren, dies überhaupt verstehen oder gar wollen, ist die Frage. Leute, wie der Vizepräsident der Kommission **Timmermans** oder etwa Politiker des regenbogenfarbenen Luxemburgs tun alles, um die Situation im negativen Sinne

anzuheizen.

Frau **Von der Leyen** tänzelt wie eine verhinderte Balletteuse an der Spitze der Kommission und verteilt Gelder an jeden, als wäre sie eine Märchenfee – **Gelder, die wir alle selbst kreditieren und deren Existenz keinerlei Grundlage in den Europäischen Verträgen hat.**

Auch hier eine Verrottung jener Ideen, die die Gründer Europas, vor allem auch der soeben zur Seligsprechung vorgeschlagene Gründer der EU **Robert Schuman** oder Staatsmänner wie **De Gaulle, Adenauer** oder **Otto von Habsburg** und viele andere, nicht für möglich gehalten hätten.

Dieses Europa ist nicht das, was man wünschte. Man wollte Frieden in Europa und man wollte eine starke Wirtschaftsgemeinschaft. Man wollte aber nicht zum Spielball linker multinationaler Kräfte werden, deren einziges Ziel ist traditionelle Kulturen zu ruinieren. Gleichzeitig kritisiert Brüssel aber und verhängt lächerliche Sanktionen gegen Russland oder China, die wie Russland mit der Tradition der russisch-orthodoxen Kirche oder wie China, das langsam wieder die Traditionen seiner alten Philosophen aufnimmt, an Fahrt gewinnen. **Deren Stärke ist die absolute Leistungsbereitschaft, die in Europa schon längst zugunsten eines fragwürdigen Sozialmodells verschwunden ist.**

5. Licht am Horizont?

Ein kleiner Hoffungsstreif am Horizont ist die hoffentlich konsequent weitergehende Gründung patriotischer Parteien in Europa, die der „alles ist möglich, alles wird toleriert“- Gesinnung in Europa entgegenarbeitet. Wenn diese Gruppierung endlich die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament wird, wird als erstes notwendig sein, sämtliche EU-Maßnahmen, die sich in den letzten Jahren rechtswidrig und negativ für unsere europäischen Länder entwickelt haben, aufzurollen und mit allen denkbaren Mitteln rückzuführen. **Eine Festung Europa allein wird es nicht tun.** Es geht um die Gesinnung, das Wissen, die politische Fähigkeit der Exponenten in Brüssel und um einen möglichst baldigen Ersatz jener Politiker, die am besten Wege sind Europa zu zerstören. **Wenn Europa nicht neu aufgebaut wird, wird es kein Europa mehr geben.** Die Minderheit derer, die noch vernünftig denken können, ist aufgerufen mit aller Kraft gegenzusteuern.
Es ist bereits fünf nach 12 Uhr.

*) Webseite des Gastautors: norbert.vanhandel.at/

* * *

M7 – ein Mitteleuropa der Sieben

In der EU müssen endlich die kleinen christlichen Länder gegen den großen linksliberalen Mainstream auftreten.

Deshalb ist M7 – Mitteleuropa der Sieben – eine Gruppe aus Visegrád-Staaten, Österreich, Kroatien und Slowenien in der EU so wichtig.

Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, dass dies auch Wirklichkeit wird, sonst sind wir langfristig auf der Verliererstraße.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) György Schöpflin : Die EU stolpert über ihr eigenes Glaubenssystem, dass „mehr Europa“ die Antwort auf alles ist

Von Bogdan Sajovic

01. 08. 2021



György Schöpflin - Foto: Europäisches Parlament

Wir sprachen mit Professor György Schöpflin unter anderem über die Probleme der Migration, die Juridokratie, den Föderalismus, den kulturellen Marxismus und die Zukunft der Union.

Wenn wir gleich den Stier bei den Hörnern packen: Glauben Sie nicht, dass sich die Europäische Union weit von den Werten und Idealen entfernt hat, die von den Gründungsvätern vertreten wurden?

Ja, ich stimme zu, möchte aber hinzufügen, dass die Probleme, die die Gründerväter zu lösen versuchten, ganz anders gelagert waren als die Probleme, vor denen die EU heute steht. Das zentrale Prinzip und die Rechtfertigung für die Integration war die Konfliktlösung durch Konsens. Die EU hat dieses Prinzip weitgehend aufgegeben und wird nun von der Akkumulation von Macht angetrieben. Ich halte dies für gefährlich, nicht zuletzt, weil es die

Integration auf einen einzigen Faktor reduziert, der unabhängig davon verfolgt wird, ob die Zustimmung vorhanden ist oder nicht.

Die Zustimmung hat sich zu einem Schlüsselthema in der EU-Politik entwickelt, und wir befinden uns möglicherweise an einem Wendepunkt, wenn es um die Definition von Demokratie geht. Die Kluft besteht zwischen denjenigen, die behaupten, dass die Zustimmung der Regierten, d. h. des souveränen Volkes, im Mittelpunkt der Demokratie steht, und denjenigen, die darauf bestehen, dass das Herz der Demokratie „Werte“ sind,

wie sie von liberalen Politikern und Gerichten definiert werden. Die Zunahme der politischen Entscheidungsfindung durch ansonsten nicht rechenschaftspflichtige Richter – wie den Europäischen Gerichtshof – verwandelt die Demokratie in eine Juristokratie. Das Brexit-Votum ist der Beweis dafür, dass eine Gesellschaft, die sich ihrer politischen Macht beraubt fühlt, zurückschlägt (ich schreibe dies als jemand, der Remain unterstützt hat, aber das Brexit-Votum voll und ganz akzeptiert).

Der Marxismus steht in völligem Widerspruch zu den europäischen Werten. Wie konnte die EU-Führung also die Enthüllung des Denkmals für Karl Marx anlässlich des zweihundertsten Jahrestages seiner Geburt feiern?

Wenn man sich den jüngsten Wandel der europäischen Werte ansieht – immer mehr Macht für die EU -, dann sind sie gar nicht so weit von Marx' Idee entfernt, die Macht zu konzentrieren, um die Welt zu verändern, zumindest strukturell. Und die EU, das symbolische Brüssel, ist zu der Überzeugung gelangt, dass sie diese transformative Rolle durch die Geschichte legitimiert hat. Der Salvationismus hat eine lange Geschichte in Europa. Besorgniserregend ist, dass die EU dieser politischen Monokultur alles unterordnet, was sie kann. Lassen Sie mich hinzufügen, dass der Prozess in der Praxis nicht annähernd so weitreichend ist wie der Marxismus-Leninismus (oder der Titoismus, um präzise zu sein). Und natürlich gibt es kommunistische Parteien im Europäischen Parlament.

Würden Sie der Behauptung zustimmen, dass der kulturelle Marxismus die Grundlagen unserer europäischen Zivilisation zerstört?

Ob es uns gefällt oder nicht, der Marxismus und andere Formen des Links- und Rechtsradikalismus sind Teil der europäischen Tradition. Aber ich würde sie nicht als „Kulturmarxismus“ bezeichnen, denn es steckt viel Foucault in der Mischung, plus einige Gedanken von Rawls und Gramsci. Ich bin Optimist genug, um zu glauben, dass die europäische Zivilisation widerstandsfähig genug ist, um in ihren Grundfesten weiterzuleben, vielleicht in einem veränderten Zustand. Die Zeichen des Widerstands sind sichtbar. Es gibt eine interessante Wiederbelebung des römisch-katholischen Denkens in Frankreich, es gibt immer mehr Anzeichen dafür, dass die jüngere Generation in Italien, Frankreich und Spanien mit Mitte-Rechts-Ideen sympathisiert. Und, was vielleicht am wichtigsten ist, es gibt eine nationale Zugehörigkeit, sei sie nun staatsbürgerlich oder ethnisch. Die Kluft zwischen Mitteleuropa, wo die Nationalität als notwendige Bedingung für die Freiheit angesehen wird, und dem Westen wird immer größer.

Warum ist die Brüsseler Eurokratie so gegen Ungarn und Polen, die das Justizsystem reformieren und von den Überresten aus der Zeit des kommunistischen Totalitarismus befreien wollen?

Weil die EU von der liberalen Linken gekapert wurde und diese Liberalen wissen, dass ihre beste Chance, Mitteleuropa ihre Werte aufzuzwingen, in der Juristokratie liegt. Ungarn und Polen stehen im Fadenkreuz, weil sie ihr nationalkonservatives Projekt ganz klar verfolgen.

Warum besteht Brüssel darauf, die Massenmigration aus der Dritten Welt zu unterstützen, obwohl die Erfahrung zeigt, dass sie Ghettoisierung, erhöhte Kriminalität und Gewalt, kulturelle und religiöse Konflikte sowie finanzielle Belastungen mit sich bringt?

Es gibt eine Antwort auf den Arbeitsmarkt: Die westlichen Länder brauchen billige Arbeitskräfte für Arbeiten, die sonst niemand machen will. Aber noch wichtiger ist die postkoloniale Schuld, die charakteristischerweise in Mitteleuropa nicht vorhanden ist. Der Westen findet dies unerklärlich und weigert sich, die Relevanz sowohl der kommunistischen als auch der imperialen Vergangenheit (Preußen, Russland, Osmanen, Österreich-Ungarn) als zentrales Merkmal der mitteleuropäischen Erinnerung zu akzeptieren. Irgendwie zählen diese imperialen Unterwerfungen nicht.

Entscheidend ist, dass der Westen das Trauma des Zweiten Weltkriegs (im Großen und Ganzen) überwinden konnte, während dies für die kommunistisch regierten Länder nicht der Fall war und ist. Und drittens wird es mit dem Universalismus erklärt, dass es eine einzige Menschheit gibt und dass es die historische Aufgabe Europas ist, sie zu vereinen. Dieser Universalismus hat seine Wurzeln im Christentum (ebenso im Islam), im Marxismus und in der Aufklärung. Nun, da das Erbe der Aufklärung – dass die Wissenschaft alles löst – in Schwierigkeiten ist, da die Komplexitätstheorie das Newtonsche Weltbild untergräbt, ziehen es die Universalisten vor, die Beweise zu ignorieren.

Brüssel arbeitet hart daran, allen Mitgliedern der Union eine radikale LGBT-Agenda (und den Rest des Alphabets) aufzuzwingen. Was ist Ihrer Meinung nach der Grund und das Ziel dieser Politik?

Im Wesentlichen, weil LGBT als eine universelle „verletzliche Minderheit“ dargestellt werden kann. Es ist ein Thema, das sich leicht in die Politik einbringen lässt, und es bedeutet, dass andere, ebenso „gefährdete“ Minderheiten, wie z. B. Behinderte, ignoriert werden können. Der Schutz von Minderheiten ist in Artikel 2 des Vertrags verankert, aber die EU lehnt es einfach ab, dass nationale Minderheiten irgendetwas damit zu tun haben – schauen Sie sich an, was mit dem Minority SafePack passiert ist, einer Bürgerinitiative, die weit über eine Million Unterschriften erhalten hat, aber von der Kommission bewusst beiseite gefegt wurde.

Finden Sie es nicht heuchlerisch, dass sich die EU einerseits zu den Menschenrechten bekennt und mit China kooperiert, wo Menschen aufgrund ihrer ethnischen, religiösen oder politischen Zugehörigkeit in Lagern gefoltert und sogar als Sklavenarbeiter eingesetzt werden?

Man kann das heuchlerisch nennen, aber man kann es auch Pragmatismus nennen. Man beachte, dass das Ignorieren des Schicksals der Uiguren eine universalistische Logik hat. Wenn der Westen sich die Sache der Uiguren zu eigen macht, warum dann nicht auch andere ethnisch-religiöse Minderheiten, die schlecht behandelt werden?

Finden Sie es nicht interessant, dass Brüssel den Mitgliedern eine Zentralisierung vorschreibt, aber bei der ersten großen Bewährungsprobe, d. h. der Pandemie des chinesischen Virus, hat der bürokratische Mastodon völlig aufgegeben, und jedes Land musste die Pandemie allein bewältigen?

Fairerweise muss man sagen, dass die EU keine Erfahrung mit Gesundheitsfragen hatte – diese fallen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten – und als sie mit der Covid-Krise konfrontiert wurde, hat sie einen gewaltigen Fehler begangen. Die Kommission verfügte weder über die personellen Ressourcen noch über die Infrastruktur, um mit der Pandemie

Seite 154 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 795 vom 12.08.2021

fertig zu werden. Die EU ist über ihr eigenes Glaubenssystem gestolpert, dass „mehr Europa“ die Antwort auf alles ist. Das Gleiche gilt für die Finanzkrise 2008 und die Migration (2015).

Die Führung der Union geht mit aller Härte gegen jedes Mitglied vor, das sich ihrer Agenda nicht vollständig unterwerfen will: Polen, Ungarn und neuerdings auch Slowenien. Sie drohen mit Aussetzungen, Blockade von Finanzmitteln, Ausschluss. Hat der Brexit diese Leute nichts gelehrt, wollen sie den Zerfall der Union?

Seite 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 795 vom 12.08.2021

In Wahrheit war der Brexit eine große Erleichterung für Brüssel, denn – so dachten viele – die Abwesenheit des Vereinigten Königreichs würde es einfacher machen, die föderalistische Agenda zu verfolgen. Polen, Ungarn, ja Mitteleuropa insgesamt, sind ein unwillkommenes Hindernis für diese Agenda. Aber man sollte nicht vergessen, dass es auch im Westen Mitgliedsstaaten gibt, die gegen den Föderalismus sind, wie Schweden, ganz zu schweigen von dem Drittel oder mehr der westlichen Wähler, die gegen den Föderalismus sind. Ich finde den Aufstieg von Vox (Spanien) oder Chega (Portugal) in diesem Zusammenhang faszinierend.

Sie sind seit langem Mitglied des Europäischen Parlaments. Können Sie uns sagen, wie stark der Einfluss von Lobbygruppen auf die Arbeit dieses Gremiums ist?

Ich bin die falsche Person, um diese Frage zu stellen, da ich hauptsächlich in nicht-legislativen Ausschüssen (Verfassung, Auswärtige Angelegenheiten) gearbeitet habe, so dass ich nicht als Lobbyist in Frage kam. Aber anekdotisch gesehen, ja, es gibt endlosen Lobbyismus, genau wie in der Kommission. Und diese Lobbys sind niemandem Rechenschaft schuldig. Das Gleiche gilt für das Ökosystem der Brüsseler NGOs und Think Tanks.

Können Sie uns abschließend Ihre Meinung über die Zukunft der Europäischen Union mitteilen?

Beginnend mit meiner ersten Antwort – Demokratie am Scheideweg und der Rückgang der Konfliktlösung – sehe ich große Meinungsverschiedenheiten voraus. Der Binnenmarkt ist von Vorteil, wenn auch weniger für die wirtschaftlich schwächeren Mitteleuropäer, aber die politischen Konflikte werden nicht leicht zu lösen sein, solange die liberal-föderalistische Strömung die Oberhand hat. Kann Europa ohne die Zustimmung einer großen Minderheit weiter integriert werden? Ich würde sagen, nein, es sei denn, sie wird unter Zwang vorangetrieben – die Anzeichen für diesen Zwang sind vorhanden und kaum zu übersehen. Die Länder Mitteleuropas haben in jüngster Zeit Erfahrungen mit Zwang gemacht und lehnen ihn ab.

In diesem Zusammenhang ist die Erklärung der 16 Parteien vom 2. Juli über die Zukunft der EU von großer Bedeutung, denn sie bietet eine klare, alternative Grundlage für die Integration Europas, bei der die Mitgliedstaaten eine aktive Rolle spielen und Aufsichtsinstitutionen die Brüsseler Föderalisten kontrollieren können. Entscheidend ist, dass Mitte-Rechts darauf besteht, dass es bei der Demokratie um Zustimmung geht, und Zustimmung kann nicht durch „Werte“ außer Kraft gesetzt werden. Ein System, das von Werten beherrscht wird, untergräbt seinen eigenen Pluralismus und ist auf dem besten Weg, eine Oligarchie zu werden. Die Linke mag dies als „Populismus“ abtun, aber das Bekenntnis zur Überlegenheit demokratischer Wahlen gegenüber der Herrschaft von Eliten (durch die

Juristokratie) ist das Herzstück der Demokratie, wie sie sich in Europa in den letzten zwei bis drei Jahrhunderten herausgebildet hat.

Um die Erklärung zu zitieren: „Die Nutzung der politischen Strukturen und des Rechts zur Schaffung eines europäischen Superstaates und neuer sozialer Strukturen ist eine Manifestation des aus der Vergangenheit bekannten gefährlichen und invasiven Social Engineering, das legitimen Widerstand hervorrufen muss“.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 könnten sich als ein Wendepunkt in der Geschichte Europas erweisen, der dem Konsens eine qualitativ stärkere Rolle verleiht.

Biografie

György Schöpflin (geb. 1939 in Budapest) war Professor für Politik an der Universität London, Fidesz-Abgeordneter im Europäischen Parlament (2004–2019) und ist derzeit Senior Research Fellow am iASK (Köszeg) und an der Universität für den öffentlichen Dienst Budapest. Sein jüngstes Buch ist „The European Polis“ (Ludovika, 2021).



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ringier übernimmt die Anteile von Axel Springer in Mitteleuropa und dem Baltikum

28. 07. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Die Ringier AG baut ihre Aktivitäten in Mittel-Osteuropa aus und erweitert ihr internationales Portfolio in den Märkten für Medien und digitale Dienstleistungen durch die Übernahme aller Anteile von Axel Springer in Ungarn, Serbien, der Slowakei und den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. An seinen slowakischen Beteiligungen wird der Gründer weiterhin eine Minderheitsbeteiligung halten. In den anderen Ländern wird die Ringier Gruppe 100 Prozent der Anteile halten.

Die Ringier Axel Springer Media AG, ein Joint Venture der Ringier AG und der Axel Springer SE mit rund 3100 Mitarbeitenden, hat sich seit ihrer Gründung im Juli 2010 zum grössten und modernsten Medienunternehmen in Mittel-Osteuropa entwickelt.

Mit dem Erwerb von Anteilen an Axel Springer in Ungarn, Serbien, der Slowakei, Estland, Lettland und Litauen setzt Ringier seine internationale Wachstums- und Investitionsstrategie in den digitalen Dienstleistungs- und Medienmärkten konsequent fort. Mit dieser bedeutenden Investition wird Ringier auch seine bestehenden Aktivitäten in Rumänien und Bulgarien konsolidieren.

Axel Springer wird sich weiterhin auf seine langfristige Wachstumsstrategie konzentrieren, die darauf abzielt, ein weltweit führender Anbieter von digitalem Journalismus und digitalen Werbeportalen zu werden. Um dies zu erreichen, ist es unabdingbar, sich auf seine strategischen Kernmärkte zu konzentrieren und zusätzlich erhebliche Investitionen in Wachstumsbereiche zu tätigen. Was das Segment der Nachrichtenmedien betrifft, so wird

das bereits stark digitalisierte Portfolio in Deutschland, den USA und Polen eine zentrale Rolle spielen.

Als Joint-Venture-Partner konzentrieren sich Axel Springer und Ringier ausschließlich auf den polnischen Markt in Osteuropa, wo die Partner bereits seit mehreren Jahren gemeinsam Medienmarken mit hohen Umsätzen und hohen EBITDA-Margen betreiben. Die Kontinuität des Managements wird durch Mark Dekan, CEO des Joint Ventures, gewährleistet.

„Als wir das Joint Venture 2010 mit einem nahezu reinen Printportfolio (97 Prozent Anteil am Printportfolio) starteten, war es unsere Vision, Printmarken als starke digitale Player in den digitalen Markt zu bringen. Heute erwirtschaften wir rund 70 Prozent des Umsatzes und 85 Prozent des Gewinns mit unserem digitalen Angebot. Gemeinsam mit Ringier haben wir nicht nur bestehende Medienmarken erfolgreich in das digitale Zeitalter geführt, sondern auch neue führende digitale Medien- und Rubrikenmarken lanciert, die heute zu den bedeutendsten Angeboten in ihren jeweiligen Märkten gehören. Ich möchte all unseren Kollegen aus der Slowakei, Ungarn, Serbien und den baltischen Staaten für ihr Engagement, ihre Leidenschaft und ihre Bereitschaft, über sich hinauszuwachsen, danken. Gleichzeitig freue ich mich, dass wir gemeinsam mit unseren polnischen Kollegen und Joint-Venture-Partnern unsere Aktivitäten im größten Markt der Region weiter ausbauen werden“, erklärte Mark Dekan, CEO der Ringier Axel Springer Media AG und des Joint Ventures in Polen.

Das Joint Venture Ringier Axel Springer Media AG wurde im Juli 2010 gegründet und umfasst Axel-Springer-Tochtergesellschaften in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn. Ringier hat sich mit seinen Marken in Serbien, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn an dem Joint Venture beteiligt.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Drei-Meere-Initiative: was Europa ohne die EU sein könnte

28. 07. 2021



3SI-Gipfel in Sofia - Foto: Bulgarische Nachrichtenagentur BTA3SI, freie Nutzung für die Presse

„Amerika freut sich darauf, seine Partnerschaft mit Ihnen auszubauen. Wir begrüßen stärkere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, während Sie Ihre Volkswirtschaften ausbauen, und wir setzen uns dafür ein, Ihren Zugang zu alternativen Energiequellen zu sichern, damit Polen und seine Nachbarn nie wieder von einem einzigen Energielieferanten als Geisel gehalten werden“, sagte der US-Präsident und bezog sich dabei auf das ehemalige russische Gasmonopol, das die Region versorgte. Aber das war 2017 und der betreffende US-Präsident war Donald Trump, der Warschau besuchte.

Die Regierung von Joe Biden, die zweifellos zu sehr damit beschäftigt ist, die Beziehungen zu Berlin zu erneuern und das heikle Dossier der Nord Stream 2-Pipeline zu schließen, scheint weniger an der Drei-Meere-Initiative (3SI) interessiert zu sein. Das 3SI ist ein Kooperationsforum, in dem zwölf mitteleuropäische Länder, die alle Mitglieder der EU sind, zusammenarbeiten. Von Norden nach Süden und von Westen nach Osten sind dies Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Österreich, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Bulgarien. Zu diesen Staaten gehören alle Länder der Ostflanke der NATO.

Obwohl US-Außenminister Tony Blinken bereits im Februar den zwölf betroffenen Ländern die Unversehrtheit der US-Unterstützung für diese Initiative versicherte, was Brüssel, Berlin und Paris nicht sonderlich gefiel, scheint diese Unterstützung in der Praxis abstrakter geworden zu sein, vor allem nach der Ankündigung einer Einigung zwischen Berlin und Washington über die Gaspipeline Nord Stream 2 vor einigen Tagen.

Als sein Vorgänger Donald Trump auf dem 3SI-Gipfel im bulgarischen Sofia am 8. und 9. Juli über Investitionen und den Verkauf von amerikanischem Gas sprach, versicherte

Präsident Joe Biden den 3SI-Ländern in einer Videobotschaft die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten und sprach von der Notwendigkeit, die Wirtschaft auf transparente Weise zu entwickeln, die Demokratie zu stärken und die Korruption auszumerzen, womit er zu Hause beschäftigt sein könnte, statt in die beherrschende Diplomatie eines Barack Obama zurückzufallen. Der US-Präsident skizzierte auch seine Vision einer Drei-Meere-Initiative, um „Sie noch enger mit den europäischen Institutionen zu verbinden“, was nicht unbedingt die Vision ist, die von den Mitgliedsländern dieser Initiative geteilt wird, die aber der deutschen Vision entspricht.

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der zum Gipfeltreffen in Sofia eingeladen war, bedauerte, dass Deutschland zunächst nicht zur Teilnahme an diesem regionalen Kooperationsforum eingeladen wurde, und äußerte den Wunsch, dass diese Initiative ein integraler Bestandteil der Politiken und Instrumente der Europäischen Union werde und auf der Achtung der „europäischen Werte“ beruhe.

Das Problem ist, dass die Drei-Meere-Initiative im Wesentlichen ein wirtschaftliches und kein ideologisches Bündnis ist, und auch ein Gegengewicht zur deutsch-französischen Achse bilden soll, die die Entscheidungsfindung in Brüssel stark belastet, auch wenn ihre Teilnehmer sie in erster Linie als eine ergänzende Organisation zur EU ansehen.

Im Mai 2021 forderte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stattdessen ein verstärktes Engagement der USA in der Drei-Meere-Initiative, um dem Einfluss Russlands und Chinas in der Region entgegenzuwirken. Er war der Meinung, dass „die Drei-Meere-Initiative von der US-Regierung immer noch unterschätzt wird“.

Für diese zwölf mitteleuropäischen Länder geht es darum, die in der Nord-Süd-Achse defizitären regionalen Infrastrukturen (Straßen, Schienen, Gas etc.) auszubauen und den westlichen Teil des Kontinents zu einem wirtschaftlichen Aufholprozess zu bewegen. Obwohl sie mit 111 Millionen Einwohnern fast 30 % der EU-Fläche und 25 % der Bevölkerung ausmachen, erwirtschaften sie weniger als 15 % des Reichtums des Blocks und beziehen mehr als ein Drittel der europäischen Hilfgelder.

Im Juni 2019 kündigten zwei Investmentbanken, eine polnische und eine rumänische, auf dem Gipfeltreffen in Laibach (Ljubljana), Slowenien, die Gründung eines Investitionsfonds der Drei-Meere-Initiative an. Heute beteiligen sich 9 der 12 3SI-Länder an diesem Investitionsfonds, dessen Programme in kleinerem Umfang zusätzlich zu denen der EU laufen. Der Fonds beläuft sich derzeit auf etwas mehr als 1,2 Milliarden Euro (wovon Polen 750 Millionen Euro beisteuert) und soll durch Beiträge der 3SI-Mitgliedsländer, internationaler Finanzinstitutionen und privater institutioneller Investoren auf 5 Milliarden Euro anwachsen.

Im September 2019 kündigten die Präsidenten der Finanzzentren der Länder der Visegrád-Gruppe (V4: Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) sowie drei weiterer Länder der Drei-Meere-Initiative (Rumänien, Kroatien und Slowenien) ihre Absicht an, einen gemeinsamen Börsenindex, CEEplus, zu schaffen.

Im vergangenen Mai wurde bekannt gegeben, dass die Zusammenarbeit der zwölf teilnehmenden Länder neben der Verkehrsinfrastruktur und dem Energiesektor, die bereits seit der Gründung dieses regionalen Kooperationsforums im Jahr 2015 auf Initiative des polnischen Präsidenten Andrzej Duda und der kroatischen Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović auf dem Programm stehen, nun auch die digitale Konnektivität umfassen wird. Bis 2030 werden die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in den zwölf 3SI-Ländern auf 290 Mrd. € geschätzt, während für den Energiesektor 88 Mrd. € und für den Digitalbereich 160

Mrd. € erwartet werden. Die wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder Mitteleuropas (mit Ausnahme Österreichs, das die jahrzehntelange kommunistische Diktatur nicht erdulden musste) weisen dagegen dynamischere Wachstumsraten auf als der Westen des Kontinents, was ihnen einen allmählichen Aufholprozess ermöglicht.

Auf dem Gipfel in Sofia am 8. und 9. Juli schlossen sich Frankreich, Großbritannien, Griechenland und Japan den Vereinigten Staaten und Deutschland als 3SI-Partner an. Lettland hat die Präsidentschaft der Gruppe von Bulgarien übernommen.

Während ihre Ziele bescheiden (aber nützlich und konkret) bleiben, ist die Drei-Meere-Initiative als einfache Plattform für zwischenstaatliche und interregionale Zusammenarbeit eine potenziell nützliche Alternative für die Zukunft, sollte die EU schlecht ausgehen. Deshalb ist es auch unwahrscheinlich, dass ihre Mitglieder jemals den Vorschlag Deutschlands akzeptieren würden, es in die von Brüssel aus verwalteten Kooperationsprogramme einzubinden.

Dieser Beitrag erschien zuerst in der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDINKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER